

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 23

PRESSEDIENST

apd II/52

Hannover, 1. Juli 1947

Erste Ergebnisse

Zwischenbilanz des Parteitages in Nürnberg

Nürnberg, 1.7.47

Mit der ihm eigenen Offenheit hat Dr. Schumacher gegen Schluss seines grossen Referates "Deutschland und Europa" erklärt: "Auch die Sozialdemokratie wird als letzte der grossen Parteien in eine Partikrise hineingezogen und wir meinen, sie soll denn auch in eine solche Krise hinein, denn eine Krise enthält vor allem auch eine grosse Chance der Stärkung. Unsere Stärke soll darin liegen, dass wir alle neuen, starken, zukunfts tragenden Kräfte der Zeit mit uns verbinden."

Das Wort Krise ist hier also offensichtlich nicht im Sinne einer Krankheitserscheinung schlichthin gebraucht, sondern in der anderen positiven Bedeutung vom wesentlichen Entwicklungsschnitt, in dem unter Schmerzen und Krisensymptomen der Übergang zu einem neuen Lebensabschnitt vollzogen wird. Auch die Nürnberger Tage standen stark unter diesem Vorzeichen einer nach vorwärts drängenden Entwicklung in einer Aktionsrichtung, die sich ohne ängstliche Vorbehalte den so ganz neuartigen Erfordernissen einer vollkommen veränderten Welt anpassen will.

Besond. auf der grossen marxistischen Tradition des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts wird der Wirkungsbereich der Sozialdemokratischen Partei immer weiter gezogen, weit über die Kreis hinaus, von denen er seinen Ausgang nahm, aber in ständigen, weichen Grenzen jenseitig ausgelegt, auch die künftige Operationsbasis darüber zu lassen, d.h. nie zu vergessen, dass die deutsche Sozialdemokratie seit ihrem Beginn eine Arbeiterpartei ist und dass sie es in erster Linie bleiben muss, wenn sie ihr überragendes Ansehen und ihren massgebenden politischen Einfluss behalten und weiterentwickeln will. Aber die Sozialdemokratische Partei ist heute eine Volkspartei in dem Wortes bester Bedeutung, zu der sich alle Schaffenden gleichwelcher Berufe und gleich aus welcher gesellschaftlichen Schicht kommen können, hingezogen fühlen. Und in dieser Partei, die ist besonders wichtig, kommt die junge Generation immer mehr zum Wort, was sich jetzt auch in der Auswahl der Diskussionsredner auf dem Parteitag kundtut. Der Parteivorstand selbst fördert diese Tendenz mit aller Kraft in der klaren Erkenntnis, dass nur so der Partei der geistig reiche Lebens erhalten werden kann.

Die innere Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei trat in Nürnberg noch deutlicher hervor als bei irgendeiner der vergangenen grossen Tagungen in den letzten Jahren, dem Parteitag in Hannover eingeschlossen. Man spricht damit nicht pro domo. Jeder ausserstehende Beobachter bestätigt diesen Eindruck. Diese Tatsache ist in einer Zeit bemerkenswert, in der die Sozialistischen Parteien in einer ganzen Reihe europäischer Staaten in einer Krise leben oder doch in einem krisenähnlichen Zustand. Die Homogenität der SPD hat ihre besonderen Gründe. Der wichtigste ist sicherlich die ungeheure Not, die zwingt, Wesentliches vom Unwesentlichen zu trennen. Die Frage nach der nationalen Existenz ist gestellt und dadurch wird das Interesse an ideologischen Auseinandersetzungen und dogmatischen Differenzen, besonders beliebte Ansatzpunkte für tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, stark zurückgedrängt. Jedermann gibt sich zu, dass programmatische Fragen auf diesem Parteitag eine viel geringere Rolle gespielt haben als im vergangenen Jahr in Hannover. Gewiss waren auch damals die Sorgen kaum geringer, aber die Hoffnung, es könnte bald besser werden, war doch grösser.

Hinzu kam, dass damals auf dem ersten Parteitag in vielen Fragen erst die Linie der Partei nach ihrem Wiederentstehen gefunden und festgelegt werden musste, was inzwischen in allen wesentlichen Fragen geschehen ist. Programmatischen Charakter trug diesmal eigentlich nur das grundlegende Referat des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Walter Menzel, über den "Aufbau der Deutschen Republik", so wie seine Notwendigkeiten von der SPD gesehen werden. Die Quintessenz ist die zentrale Lenkung (inschl. der Gesetzgebung), aber dezentralisierte Verwaltung für die Länder und Selbstverwaltungskörperschaften. Jene Geschlossenheit freilich, von der die Rede war, war gar nicht über die Tatsache hinwegtäuschend, dass es ohne Zweifel auch in der SPD Fragen gibt, über die die Meinungen auseinandergehen. Aber sie existieren zunächst noch unter der Oberfläche und die gelegentlichen kritischen Äusserungen, die auf sie anspielten, hatten kein besonderes Gegenwärtigewicht. Andere Kritik bezog sich auf die aktuellen Fragen. Sie war, wie Schumacher selbst in seinem Schlusswort anerkennend hervorhob, ausgesprochen positiv dadurch, dass ihr in jedem Fall ein Rezept zum Bessermachen beigelegt war.

Ein weiteres Kennzeichen besonderer Art war die starke Beteiligung von Vertretern sozialistischer Parteien Europas. Anwesend waren Delegierte aus England, Frankreich, Italien, Österreich, den skandinavischen Ländern, Holland, Belgien und Ungarn. Sie waren voll legitimiert, für die Bruderparteien in ihren Ländern zu sprechen und diese Parteien haben ja heute fast überall eine sehr massgebende, wenn auch nicht immer die führende Position in ihren Ländern inne. So war es auch bezeichnend, dass sämtliche Mitglieder der Kontaktkommission, die kürzlich in Zürich gebildet wurde, um die Möglichkeiten einer späteren Aufnahme der deutschen Sozialdemokratie in die Internationale zu überprüfen und zwar aufgrund eigener Beobachtungen und Feststellungen zur Tagung der SPD vollzählig erschienen waren. Dem Ausserstehenden mag es freilich erscheinen, als ob die praktischen Auswirkungen des engen internationalen Zusammenhanges der sozialistischen Parteien zunächst noch mehr als bescheiden seien, wenn man die Auswirkungen auf die deutschen und auch auf die europäischen Verhältnisse betrachtet. Das ist vielleicht richtig, aber wenn es auch für einen Deutschen in der gegenwärtigen Situation sehr schwer ist, Geduld

zu zeigen, zumal er mit Recht darauf hinweisen kann, dass Geduld, Verzögerung und Verzögerung, sowie die Dinge heute liegen, endgültigen Zusammenbruch bedeutet, so darf man doch nicht vergessen, dass seit der grössten Katastrophe, die Europa und grosse Teile der Welt jemals getroffen hat, gerade zweiinhalb Jahre vergangen sind, eine daran gemessen kurze Frist, auch wenn sie denen, die sie durchleben müssen, unerträglich lang erscheinen mag. Die Sozialistische Internationale ist eine eminent politische Realität und wird es zunehmend sein. Sie beruht zunächst gewisse auf vielen unwägbareren Faktoren, deren Gewicht aber deshalb nicht geringer ist, weil sie nicht überall fühlbar sind. Die Kräfte, die gegen sie arbeiten, sind ebenfalls stark, Kräfte eines reaktionären Kapitalismus, eines politischen Totalitätsanspruches und auch einer militärischen Siegerpraxis von recht fragwürdigem Wert. Aber der sittliche Kern der Sozialistischen und demokratischen Ideen wird sich gegenüber diesen Kräften schliesslich durchsetzen. Das ist die feste Überzeugung aller deutschen und ausländischen Sozialisten.

Der stärkste aktuelle Akzent der Tagung lag nach unserer Ansicht wohl bei den Gedanken, die sich auf den kommenden Winter und auf die Reparationsfragen bezogen. Zum ersten Thema wirkten die Feststellungen des Niedersächsischen Wirtschaftsministers Kubel geradezu alarmierend, der ohne jede Beschönigung die fast aussichtslos erscheinende Schwarz-unsere Versorgungssituation in der Gegenwart und in der nahen Zukunft darstellte, aber selten in so eindringlicher und überzeugender Kürze.

Im Zusammenhang damit standen Schumachers Erklärungen zur Reparationsfrage, in dem in der gegenwärtigen Lage Deutschlands vielleicht wichtigsten Teil seiner Rede, in dem er geradezu beschwörend vor weiteren Demontagen warnte, offenbar aufgrund von Informationen über entsprechende Absichten sehr massgebender Stellen. Es ist kein Geheimnis, dass manche wohlmeinende Engländer in Deutschland eine solche Politik, wenn sie von London eingeordnet werden sollte, selbst als höchst gefährlich bezeichnen würden, einfach weil sie, die jeden Tag Umgang mit diesem Problem haben, die ungeheure Gefahr, die in einer solchen Methode liegen würde, viel besser erkennen können, als ihre Landesleute fern vom Schuss. Soweit wir unterrichtet sind, setzt sich die Erkenntnis von der für die Gesamtheit schädlichen Wirkung weiterer Demontagen auch in amerikanischen Kreisen immer erfolgreicher durch, zumal eine solche Politik in krassstem Widerspruch zu dem europäischen Gesundungsplan Marshall stehen würde. In den Worten Schumachers wie in denen vieler seiner Freunde kam in klarer Form und bei verschiedenen Anlässen immer wieder der Gedanke zum Durchbruch, dass jetzt der letzte Termin herangekommen sei, auch in Handlungen und nicht nur in Entschliessungen die politische und wirtschaftliche Vernunft bei der Behandlung Deutschlands stützen zu lassen, wenn nicht unersetzlicher Schaden in materieller wie psychologischer Hinsicht angerichtet werden soll. Viele gutwillige Beobachter meinen übrigens, dieser Termin sei heute bereits verpasst, aber auch das könnte nicht hindern, mit Ernstem Nachdruck für die Vernunft einzutreten, auch wenn es den Oberen, auf die es ankommt, schwerfallen sollte. Die Sozialdemokratie ist der Ansicht, dass sie an dieser Aufgabe unerlässlich arbeiten muss; zumal sie, was Deutschland anbetrifft, von allen Parteien nach Erfahrung und bewiesener Gesinnung für diese Aufgabe am besten geeignet ist.

Der Länderrat der britischen Zone

Am 4. Juli wird die erste Tagung des vor kurzem gebildeten Länderrates der britischen Zone im Stadtschloss zu Oelle stattfinden. Nachdem General Robertson am 30. April 1947 vor dem nunmehr von den Landtagen ernannten Zonenbeirat erklärt hatte, es würde jetzt den Ländern überlassen bleiben, eine Koordinierungsstelle für die sie betreffenden Fragen zu schaffen, beschlossen die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und der Bürgermeister von Hamburg, die bisherigen zwanglosen Zusammenkünfte regelmässig und in einer bestimmten Form als "Länderrat" fortzusetzen. Anlässlich eines Treffens der Ministerpräsidenten der drei Länder und der Bürgermeister von Hamburg und Bremen am 30. Mai in Hannover, wurde diese Absicht der Bevölkerung offiziell mitgeteilt.

Inzwischen sind vielfache Mutmassungen über die Form dieser Einrichtung angestellt worden und ebenfalls hat es nicht an einer Kritik an Massnahmen gefehlt, die noch nicht getroffen wurden. Um eine gewisse Vorstellung über die Möglichkeiten des Länderrates der britischen Zone zu bekommen, ist es notwendig, die englische Verordnung Nr. 57 über die Machtbefugnisse der Länder ins Gedächtnis zurückzurufen. Danach besitzen die gesetzgebenden Versammlungen lediglich auf den Gebieten der Verwaltung, der Wohlfahrt, der Erziehung, der Forstwirtschaft (ohne Holzeinschlag) und des Gesundheitswesens selbständige Weisungsrechte - Justiz, Ernährung, Bodenreform, Sozialisierung und Verkehr und Finanzen können nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Militärregierung behandelt werden.

Die amerikanische Besatzungsbehörde hat die Einzelheiten ihres "Regierens" nicht in einer solchen Weise printiert, sodass der süddeutsche Länderrat einen grösseren Rahmen als sein Pendant im Norden bekommen konnte. Die Sitzungen des bereits am 17. Oktober 1945 gegründeten Länderrates der amerikanischen Zone sind öffentlich. Als er ins Leben gerufen wurde, gedachte man ihn als das Modell einer späteren Reichsregierung zu entwickeln. Dem Rat der Ministerpräsidenten, dem "Länderrat" also, stand alsbald ein entlastendes Direktorium aus je einem Regierungsmitglied, einem Bevollmächtigten der Ministerpräsidenten und dem Generalsekretär zur Seite, später wurde ihm eine parlamentarische Instanz beigeordnet. Der gesamte technische Komplex ist inzwischen zu einem Apparat von etwa 280 Beamten angewachsen. Ein Rechtsausschuss prüft die Beschlüsse, um Fehler, Überschneidungen und Eingriffe in die Hoheitsrechte der Länder zu vermeiden.

Der britische Länderrat muss seine Tätigkeit unter wesentlich anderen Aspekten betrachten. "In Osnabrück soll nicht verboten sein, was in Münster erlaubt ist", das in dieser Formulierung zum Ausdruck kommen das Prinzip darf als die Hauptaufgabe des Länderrates angesehen werden. Aus dem Entwurf des Statutes, das seine Regierung vorfasst hatte, ging hervor, "der Länderrat hat die Aufgabe, die Koordinierung der Länderarbeiten, insbesondere eine möglichst weitgehende Einheitlichkeit in der Gesetzgebung der einzelnen Länder sicherzustellen und einen allgemeinen Erfahrungsaustausch zu pflegen." Es sollen demnach alle Fragen behandelt werden, die die Länder gemeinsam berühren, ein gleichgerichtetes Vorgehen, vor allem auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Verwaltung und des Rechtswesens, erzielt und - als wichtigstes - soll damit ein Auseinanderstreben der Länder verhindert werden.

Die Mitglieder des Länderrates, die Ministerpräsidenten, denken in diesem Zusammenhang wahrscheinlich weniger an eine direkte Legislative

die im übrigen der Militärregierung oder den Parlamenten vorbehalten ist, als vielmehr an die Koordinierung der dem Rahmen einer Exekutive überlassenen Ausführungsbestimmungen. Die Erörterungen gemeinsamer Schritte bei der Besatzungsbehörde und der Austausch von Erfahrungen und Informationen sind ebenso wesentliche Aufgaben des Landerrates. Der neugeschaffene Zonenbeirat wird die von den Parlamenten behandelten Fragen diskutieren, während der Zweizonenwirtschaftsrat, ebenfalls ein parlamentarisches Gremium, höhere als Länderinteressen wahrnehmen soll. Somit ist es naheliegend, wenn bei dem Landerrat der britischen Zone der Schwerpunkt nicht in einer parlamentarischen Beteiligung gesehen wird.

Es wird von den Themen abhängen, ob die Sitzungen öffentlich sind. Daneben herrscht die Meinung vor, ein notwendiges Sekretariat so klein wie möglich zu halten, und ganz besonders ist nicht daran gedacht, eine Institution bestimmten staatsrechtlichen Charakters zu schaffen. Mit dem süddeutschen Landerrat soll eine intensive und ständige Fühlungnahme stattfinden. Ausschüsse werden wahrscheinlich von Fall zu Fall gebildet und nicht in Permanent bestehen bleiben.

Es ist anzunehmen, dass auf der Tagung in Celle die Beschlüsse der Münchener Ministerkonferenz zur Sprache kommen, und vor allem sollen die Gegenwartssorgen zur Erörterung stehen. Der Bürgermeister von Bremen hat das Recht erhalten, den Sitzungen des Landerrates beizuwohnen, ohne ein Stimmrecht auszuüben. Es steht noch nicht fest, ob Celle der dauernde Tagungsort sein wird. (b/B20/17/5/ju)

Das Spiel mit der "Einheit"

K. W. Berlin, Ende Juni 1947

Keiner will sich in den Geruch bringen lassen, er torpediere die Einheit. "Der Saboteur der Einheit": dies ist das neue Schimpfwort, dies ist die neue Verleumdung, die tödlich sein soll. Es ist, wie die Deutschen der zwölf Jahre wissen, ein verdammt altes und ein verdammt verdächtiges Schimpfwort. Fahnen und Possaunen haben es durch die Lande getragen, Fahnen und Possaunen und faustdicke Drohungen tragen es heute wieder durch die Zonen.

In München hat ganz Deutschland den letzten Anschauungsunterricht für bekommen, wie man dies Schimpfwort im Munde, auf dem Plakat, in Spruchhändlern und mit wirbelnden Propagandatrommeln vor sich hertragen und wie man im gleichen Atemzuge die ersten fundamentalen Voraussetzungen dazu tödlich untergraben kann. Was sich seit dem Vereinigungsturm der "Arbeiterparteien" in der Ostzone abspielt, ist das radikal ernüchternde Gegenstück zu der schauerlichen Farce, die die lautesten Einheitsstrompeter mit ihrer brennend aktuellen Wirklichkeit treiben. Die "Einheitsgewerkschaft" nach Ostmuster sind wie der einheitliche Jugendverband der "FDJ" und der Einheits-Kulturbund und der "Demokratische Frauenbund" weitere Paradestücke dieser schon nicht mehr hintergründigen Kampagne für einen neuen Totalitarismus.

Dass hinter allen diesen kaschierten Parolen die kommunistische Strategie steckt, ist nunmehr niemandem in Deutschland mehr unbekannt. Und diejenigen, die der Meinung noch waren: einerlei, wer diese Parole der deutschen Vereinigung aller Interessen zu gemeinsamen Ziele zu seiner Parole erhebt - man müsse ihr um der gemeinsamen Not und Aufgabe willen folgen; diese Leute erkennen heute ernüchert, dass alle diese Parolen, so lockend und unbestechlich sie sein mögen, einem anderen Ziele dienen. Mehr als zwei Jahre Erfahrungen liegen heute auf dem Wege der deutschen Nachkriegszeit. Es ist eine kurze Zeit, um alles dies klar zu durchschauen, was es mit den so national sich gebärdenden neuen Programm der wiedergeborenen KPD des Ostens auf sich hat.

Aber es ist eine ausreichende Zeit dafür, zu erkennen, wo bereits dieser kommunistische Weg seine ersten Ufer gefunden hat. Diese freilich leuchten nicht mehr in den Farben von 1945, sondern in dem immer farbloser werdenden Grau einer Einheit, die sich des Menschen nur noch als eines Teils einer nivellierten Masse erinnert.

Gar keine Frage, dass sich bestimmte Ziele besser erreichen lassen, wenn der Weg zu ihnen über keine Kontrolle wütender und mitplanender und kritikisierender Menschengruppen führt. Diese Einheit der totalen Hörigkeit liegt im schauerlichen Massengrab von 1945. Deshalb wird jede neue Pseudo-Einheit, die den Menschen verrät, in Deutschland heute die Einheit der entschiedenen Bekämpfung finden. Dass man mit dem Gedanken der Einheit Propagande treibt, ist ein demagogischer Trick, der nun endlich in einem vom Einheitswahn ruinierten Volk nicht mehr verfangen sollte. Wenn die SED, statt die Voraussetzungen zu einer gemeinsamen demokratischen Arbeit schaffen zu helfen, nach einer Volksentscheid über die "Einheit Deutschlands" ruft, macht sie eine billige Binsenweisheit zur politischen Parole. Mit dem gleichen unsinnigen Rechte könnte sie einen Volksentscheid für gutes Wetter oder 5000 Kalorien verlangen. Mit Selbstverständlichkeiten politischen Lärm zu schlagen; diese Methode ist durch die verteuflten zwölf Jahre endgültig verdächtig geworden.

Von vielen bei Hitler kompromittierten politischen Notwendigkeiten mag gelten, dass sie im anderen Geiste wieder oder überhaupt erst ihren Sinn bekommen können. Von vielen anderen freilich muss gesagt werden, dass sie jede Propagande nur noch ärger und unwiderbringlicher machen kann. Der laute Lärm von der Einheit, der immer das Nächstliegende übersieht und das Ferne antrommelt, gefährdet heute mehr diese Einheit als zu jeder Zeit davor. Die in der Ostzone sich zur grauen kommandierten Nivellierung entwickele "Einheit" verlangt im Gegenteil Abwehr und entschlossenen Kampf gegen die Abtötung der politischen und demokratischen Willenskräfte. Nicht der Friedhof der Gesinnungen sondern das Leben in Freiheit und Recht ist das Ziel einer Demokratie. Deutschland kann nicht grauenvoller und schlossloser über die Lehren seiner Katastrophen hinwegschreiten, als wenn es meint, dass in solcher "Einheit" um jeden Preis ein Heil liegen könne. Diese Einheit ist wahrhaft der allerletzte Preis, den Deutschland für sich und seine Zukunft zahlen könnte. Dahinter käme nichts mehr.

Die wirkliche Einheit schafft keine Tribünendeklamation herbei. Sie kommt, wenn die freien Geister Deutschlands entschlossen und voller Verantwortung das tun, was einem europäisch denkenden und europäisch handelnden Deutschland frommt. Nicht die Normierung auf ein politisches Dogma, das zudem noch importiert ist, wird diese Einheit erzwingen. Die Eingabe an ein solches Dogma würde allein die Auslieferung an eine stumpfe Vereinheitlichung der Massen und eine radikale Entmachtung der eigenen Mächte bedeuten. Aber Einheit, die aus der Vielzahl der lebendigen Energie von Millionen Menschen existiert und aus ihnen sich ständig erneuert; eine solche Einheit kommt nur durch die tätige und unablässige Bemühung um die stetig sich verändernde Welt unserer Aufgaben, Probleme und Ziele. Vor allem aber braucht sie dazu den wachen Menschen, den wachen und tätigen Menschen - niemals aber ein zum "Jawoll" geneigtes graues Heer von Ja-sagern.

Der gescheiterte Versuch von 1931

Anlässlich der Konferenz in Paris erinnert der bekannte englische Wirtschafts-Sachverständige Lord Layton in der "News Chronicle" an das Scheitern eines ersten Versuches, eine europäische Wirtschaftseinheit zu schaffen, der nach dem ersten Weltkrieg unternommen wurde. Er schreibt u. a.:

"Marshall's Initiative hat den Plan eines Vereinigten Europas in den Bereich der Möglichkeit gerückt, und während der nächsten Wochen werden Politiker, die Presse, Wirtschaftler und Statistiker Wege und Mittel er-

erörtern, um das wirtschaftliche Leben Europas als Ganzes wieder in Gang zu bringen. Das Problem ist keineswegs neu. Als Lord Keynes 1919 seinen grossen Angriff gegen den Vertrag von Versailles startete, bestand seine Hauptkritik in dem Vorwurf, die damaligen Staatsmänner hätten nichts unternommen, einen Plan für den Wiederaufbau des vom Krieg zerrütteten Europas zu schaffen. Im folgenden Jahrzehnt wurde eine Reihe von Versuchen unternommen, um den geborstenen Bau wieder aufzurichten. Insbesondere wurden mehrere schlichte Versuche angestellt, die Handelsbarrieren niederzureissen und Handelsabkommen abzuschliessen, die den verschiedenen Nationen den Vorteil grösserer Märkte für ihren Handel gebracht hätten. Aber die Versuche scheiterten an Festhalten der grossen Weltmächte an der Meistbegünstigungs-Klausel und an der Ablehnung jeglicher Vorzugsvereinbarungen innerhalb Europas. Als der wirtschaftliche Wirbelsturm 1931 losbrach, entschlossen sich Deutschland und Österreich schliesslich zu einer verzweifelten Geste, indem sie eine Zollunion bildeten. Dieser Schritt, der als erster Schritt für die Wiedervereinigung Deutschlands mit Österreich angesehen wurde, löste einen Sturm aus und im Juni des gleichen Jahres bat mich der damalige Ausserminister Arthur Henderson, an einem Komitee von Sachverständigen in Genf teilzunehmen. Ich hatte Instruktionen erhalten, unter allen Umständen irgendeine vernünftige Lösung des Wirtschaftsproblems Mitteleuropas zu finden. Die Tagung offenbarte eine überraschend grosse Bereitschaft zur Bildung einer erweiterten Zollunion, in die nicht nur Mitteleuropa, sondern auch Frankreich und Italien einbezogen werden sollten. Die Stellung, die England in diesem Projekt spielen sollte, war offensichtlich von entscheidender Bedeutung. Nachdem ich während zweier Monate in verschiedenen Hauptstädten verhandelt hatte, kehrte ich am 20. August aus Berlin mit einem Vorschlag Reichskanzler Brüninge zurück, über einen Zoll-Tarif von höchstens 10 Prozent zwischen Deutschland und England zu verhandeln. Dieses Abkommen sollte dann später auf alle europäischen Länder ausgedehnt werden, die in die vorgeschlagene europäische Zollunion eintreten sollten. Als ich jedoch in London am 21. August Eintreff, vernahm ich, dass die Labour Regierung am Vortrag gestützt worden war. Eine Nationale Regierung hatte die Macht übernommen, und unsere eigene finanzielle Krise vorbereitete jede weitere Erörterung des Vorschlags." (b/B40/17/jd)

Holland nimmt 8000-9000 "displaced persons" auf

v.S. Amsterdam, Ende Juni 1947

8000 bis 9000 "displaced persons" werden auf Grund einer Zusage der holländischen Regierung an die Internationale Flüchtlingskommission von Holland aufgenommen werden, nachdem ihre politische Gesinnung und ihr Gesundheitszustand von holländischen Kommissionen geprüft worden sind. Auf diese Weise will Holland bei der Lösung eines der schwierigsten Probleme mithelfen, die Hitler-Deutschland Europa als Erbe hinterlassen hat. Da die "displaced persons" als Arbeitskräfte Verwendung finden sollen, kann Holland im Hinblick auf seinen empfindlichen Arbeitermangel auch Nutzen aus seiner grosszügigen Geste ziehen. Den grössten Teil der "displaced persons", die von Holland aufgenommen werden sollen, bilden 5500 Frauen aus Lettland und Litauen, die hauptsächlich in Krankenhäusern als Pflegerinnen, als Halberinnen in grossen Familien und auch in der Textilindustrie tätig sein werden. Die Männer sollen in der Metallindustrie und all jenen Industrien, die hauptsächlich für den Export arbeiten, Verwendung finden. Wie es heisst, sollen ausschliesslich unverheiratete Personen von Holland aufgenommen werden.

Verantwortlich: i.V. Peter Raunau, Hannover